

Antrag

der Länder Hessen, Baden-Württemberg, Saarland

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des
Postumwandlungsgesetzes**

Punkt 38 a der 767. Sitzung des Bundesrates am 27.09.2001

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich die Absicht der Bundesregierung, die Kapitalmehrheit des Bundes an der Deutschen Post AG aufzugeben. Er sieht es aber als unverzichtbar an, zuvor den Postmarkt weiter als bisher vorgesehen zu liberalisieren. Dazu gehört

- eine Verkürzung der Laufzeit der Exklusivlizenz,
- eine inhaltliche und gewichtsmäßige Einschränkung der Exklusivlizenz,
- eine Erweiterung der Lizenzklassen (wie etwa zum Einsammeln der Post).

Der Bundesrat fordert Bundesregierung und Bundestag daher auf, entsprechende Regelungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Ausgeliefert am 26. SEP. 2001